

**Annahme-Bureau:**  
In Polen  
außer in der Expedition  
bei Krysinski (C. H. Krysinski & Co.)  
Breitstraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedhofstr.-Ecke 4;  
in Grah bei Herrn J. Streiland;  
in Frankfurt a. M.:  
G. J. Danne & Co.

**Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen:  
Kudolph Moser;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,  
Wien u. Basel:  
Hanssen & Vogler;  
in Berlin:  
J. Reimeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Sabath.

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 290.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt jährlich drei Mark, wofür das Postamt die Zeitung zu demselben Preise wie die anderen Zeitungen des Reiches an.

Montag, 27. April.  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Gr die sechszeilige Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

## Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 25. April.** Das Rothbuch enthält 142 Depeschen, von denen sich 20 auf Spanien, 8 auf die Verhältnisse im Libanon, 83 auf den Suezkanal und 31 auf verschiedene andere Angelegenheiten beziehen. Alle Depeschen behandeln wirtschaftliche, keine politische Fragen. — Das Abgeordnetenhaus beschloß nach einer kurzen Generaldebatte über das Klostergesetz mit großer Majorität in die Spezialdebatte über diese Vorlage einzutreten. Abg. Fux kündigte für die Spezialdebatte zwei Amendements an, dahin gehend, daß 1) zur Errichtung neuer Klöster ein Reichsgesetz nötig sei und 2) daß ausländische Obere in einem Kloster nicht zulässig sein sollen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

**München, 26. April.** In militärischen Kreisen verlautet, daß der Kriegsmilitär dem Könige neuerdings vorschlagen werde, den Kampfhelm in der bayerischen Armee abzuschaffen und anstatt desselben Pickelhauben, wie jetzt bereits von der Gendarmarie getragen werden, einzuführen.

**Zabern, 25. April.** Das hiesige Landgericht verurtheilte heute den Bischof von Nancy wegen Anstiftung des Pfarrers von Rixheim zur Verlesung des bekannten Hirtenbriefes in contumaciam zu zweimonatlicher Festungshaft.

**Paris, 25. April.** Die spanische Regierung hat mit einer Gruppe von Bankiers, darunter mehrere hiesige, einen Vertrag abgeschlossen behufs Errichtung einer Gesellschaft für die Verpachtung des Tabakmonopols. — Wie das Journal „Presse“ wissen will, stände in Folge der Intervention der Großmächte die Beilegung der Differenz zwischen der türkischen Regierung und Herrn von Lesseps in der Frage der Suezkanalzölle demnächst bevor.

**Madrid, 25. April.** Gegenüber anderweitigen Nachrichten über die Verproviantirung von Bilbao wird von der Regierung mitgetheilt, daß für einen Monat noch reichlich Lebensmittel vorhanden sind und daß der Proviant bei einiger Einschränkung auch noch für einen zweiten Monat ausreichen wird. — Die Carlisten sind in einer Stärke von 28,000 Mann bei Valmaseda konzentriert. Ihre Artillerie ist durch eine Anzahl von bisher vor Bilbao verwendeten Geschützen verstärkt worden.

**Belgrad, 26. April.** Der Fürst Milan von Serbien hat seine Reise nach Konstantinopel, welche er morgen antreten wird, durch eine Proklamation angekündigt und den Ministerrath für die Zeit seiner Abwesenheit mit der Regentschaft betraut.

## Schluß des Reichstages.

In Gemäßheit der kaiserlichen Botschaft vom 25. d. Mts. fand am 26. Nachmittag 1 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses der feierliche Schluß der diesjährigen Session des Reichstages statt. Die Mitglieder desselben, sowie diejenigen, welche zur Theilnahme an der Schlußfeierlichkeit eingeladen worden waren, hatten, die k. preussischen Staatsminister, die Generalkität, die Wirklichen Geheimen Räte, die Räte Erster Klasse und die Vortragenden Räte der Ministerien versammelt sich gegen 1 Uhr im Weißen Saale. Die Vertreter der auswärtigen Mächte am kaiserlich deutschen und königlich preussischen Hofe hatten sich in den für sie bestimmten Logen des Weißen Saales eingefunden.

Bald nach 1 Uhr erschienen unter Vortritt des Bundesbevollmächtigten, Präsidenten des Reichskanzler-Amtes Staats-Ministers Dr. Delbrück, die Mitglieder des Bundesrathes, welche sich inzwischen in dem Grünen Salon versammelt hatten. Nachdem dieselben links von dem königlichen Thronessel sich aufgestellt, die Mitglieder des Reichstages in einem Halbkreise vor demselben und die Eingeladenen unter der Tribüne längs der Lustgartenseite sich geordnet hatten, begab der Bundesbevollmächtigte Staatsminister Dr. Delbrück sich nach der Roten Sammelkammer, um dem Kaiser hiervon Meldung zu machen. Se. Majestät erschien bald darauf in Begleitung des Kronprinzen und der Prinzen des königlichen Hauses, mit Gefolge im Weißen Saale und wurde beim Eintritt mit einem lebhaften, dreimaligen Hoch, welches der Präsident des Reichstages, Oberbürgermeister v. Fordenbeck, mit den Worten: „Se Majestät der deutsche Kaiser und König Wilhelm von Preußen lebe hoch!“ ausbrachte, von der Versammlung empfangen.

Der Kaiser nahm auf dem Thron Platz, während der Kronprinz auf der mittleren Stufe und die Prinzen des königlichen Hauses zur Rechten desselben sich aufstellten. Se. Majestät nahm alsdann aus den Händen des Staatsministers Delbrück die Thronrede entgegen und verlas dieselbe, das Haupt mit dem Helme bedeckt, wie folgt:

Geehrte Herren!

Die Session, an deren Abschluß Sie stehen, reiht sich durch die tiefgreifende Wichtigkeit ihrer gesetzgeberischen Ergebnisse den bedeutungsvollen Sessionen der früheren Reichstage an.

Das hervorragendste unter Ihrer Mitwirkung zu Stande gekommene Gesetz soll, nach den Absichten der verbündeten Regierungen, dem deutschen Heere diejenige Organisation dauernd sichern, in welcher die Gewähr für den Schutz unseres Vaterlandes und für den Frieden Europas beruht.

Um die Stütze der Entwicklung unserer Verfassung sicher zu stellen und um für die Fortbildung unserer neugewonnenen nationalen Einrichtungen die Grundlage allseitigen Verständnisses zu gewinnen, haben die verbündeten Regierungen eingewilligt, die von ihnen vorgeschlagene und nach ihrer Ueberzeugung notwendige definitive gesetzliche Regelung der Friedensstärke des Heeres der Zukunft vorzubehalten.

Sie haben dieses Zugeständniß in der festen Zuversicht gemacht, es werde die regelmäßige Berathung des Militär-Etats und die fortschreitende Entwicklung des Verfassungslebens dem Lande und den künftigen Reichstagen die Ueberzeugung gewähren, daß die Sicherstellung der nachhaltigen gleichmäßigen Ausbildung der nationalen Wehrkraft und die Herstellung einer gesetzmäßigen Unterlage für die jährlichen Budgetberathungen nothwendig sei, um dem deutschen Heere eine seiner Bedeutung für das Reich entsprechende Festigkeit der Gestaltung zu sichern.

Mit patriotischer Bereitwilligkeit haben Sie Ihre Mitwirkung geliehen zur Beseitigung der in der Erfahrung hervorgetretenen Mängel der gesetzlichen Bestimmungen über die Versorgung der Invaliden des Reichsheeres und der Marine. Ich sage Ihnen meinen Dank für die Fürsorge, welche Sie von Neuem für die Interessen derer betheiligten, die im Waffendienste für das Vaterland Kraft und Gesundheit geopfert haben.

Die Regelung des Papiergeld-Umlaufs in Deutschland fand große Schwierigkeiten in dem von der Vergangenheit überkommenen Ergebniss einer vielgestaltigen Entwicklung. Unter Ihrer Mitwirkung ist es gelungen, durch bundesfreundliche Ausgleichung der Verschiedenheiten eine Regelung herbeizuführen, welche durch Herstellung eines einheitlichen Papiergeldes innerhalb der durch die Rücksichten strengster Vorsicht gebotenen Grenzen sowie durch Beseitigung der mit der Natur des Landespapiergeldes verbundenen Hemmungen allen Verkehrskreisen zur Befriedigung gereichen wird.

Auch auf anderen Gebieten haben Sie, im Verein mit dem Bundesrathe die Gesetzgebung und die Institutionen des Reiches weiter ausgebildet. Die Förderung und Unterstützung, welche die von Mir in Gemeinschaft mit den verbündeten Regierungen befolgte Politik in Ihren letzten Beschlüssen gefunden hat, befestigen in Mir die Ueberzeugung, daß das deutsche Vaterland unter dem Schutze der gemeinsamen Institutionen einer gedeihlichen Zukunft entgegengeht und daß Europa in der sorgsamsten Pflege, welche die geistigen, sittlichen und materiellen Kräfte Deutschlands finden, ein Pfand des Friedens und der gesicherten Fortbildung seiner Kultur erblicken werde.

Ich entlasse Sie, geehrte Herren, mit Dank gegen Gott, dessen Gnade Mir gestattet hat, nach ernster Krankheit Sie heute um Mich zu versammeln.

Sobald die Verlesung der Rede beendet war, verkündete Staats-Minister Delbrück den Schluß der gegenwärtigen Session des Reichstages. Der Kaiser verließ hierauf unter einem erneuten dreimaligen Hoch der Versammlung, ausgebracht von dem königlich bairischen Bundesbevollmächtigten, Staatsminister v. Fausle, in Begleitung des Kronprinzen und der Prinzen des königlichen Hauses mit dankendem Gruß den Saal.

## Deutscher Reichstag.

### 41. Sitzung.

**Berlin, 25. April, 10 Uhr.** Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Dr. Leonhardt u. A.

Die dritte Berathung des Preßgesetzes war gestern vor dem § 24 stehen geblieben, für den eine entsprechende Fassung nicht sofort gefunden werden konnte.

§ 24 lautet: Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind der verantwortliche Redakteur, der Verleger, der Drucker, derjenige, welcher die Druckschrift gewerbmäßig vertrieben oder sonst öffentlich verbreitet hat (Verbreiter), soweit sie nicht nach § 22 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängnis bis zu einem Jahre zu belegen, wenn nicht nach den vorliegenden Umständen die Annahme einer Vernachlässigung pflichtmäßiger Sorgfalt ausgeschlossen wird.

Abg. Marquardsen beantragte: hinter „zu bestrafen sind“ einzuschalten: wegen Fahrlässigkeit, und die geperzten Worte am Schluß zu streichen; während Abg. Schenk von Stauffenberg diesen Schlusssatz so fassen will: „wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme einer Vernachlässigung pflichtmäßiger Sorgfalt ausgeschlossen wird.“

Abg. Lasker änderte die Fassung Marquardsen's eventuell dahin ab: „im Falle der Fahrlässigkeit“ (statt wegen Fahrlässigkeit).

Heute zogen die Abg. v. Stauffenberg und Lasker ihre gestrigen Anträge zurück zu Gunsten eines zwischen verschiedenen Parteien vereinbarten Antrages der Abgeordneten von Fordenbeck, v. Stauffenberg der an Stelle des geperzten Schlusssatzes den folgenden setzt: „wenn sie nicht die Anwendung der pflichtmäßigen Sorgfalt oder Umstände nachweisen, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.“

Bundesbevollmächtigter Dr. Leonhardt bittet unter Ablehnung aller anderen Amendements das des Abg. Marquardsen anzunehmen; die Annahme der anderen würde den § 24 in Widerspruch mit § 59 des Strafgesetzbuches, der von der Fahrlässigkeit handelt, setzen. Die Regierungen hätten die Annahme eines Zusatzes etwa folgenden Wortlautes erwartet: „wenn nicht nach den Vorschriften des § 59 des Strafgesetzbuches die Strafbarkeit ausgeschlossen ist.“

Abg. Windthorst: Der Stauffenberg'sche Antrag gewährt Alles, was billig verlangt werden kann und die Regierungen sollten gegenüber der außerordentlichen Nachgiebigkeit des Reichstages nunmehr keine ferneren Schwierigkeiten machen. Jetzt ist es an ihnen nachzugeben, wenn es ihnen überhaupt Ernst ist, das Preßgesetz zur Annahme gelangen zu lassen.

Präsident Delbrück: Diese Supposition habe ich im Namen der verbündeten Regierungen mit der größten Entschiedenheit zurückzuweisen. Was den § 24 anlangt, so ging der Wunsch der verbündeten Regierungen auf die Abänderung dreier Punkte. In dem Amendement des Abg. Marquardsen ist nur ein Wunsch erfüllt, und die Regierungen haben auf zwei ihrer Anträge verzichtet. Ich habe erwartet, daß mit dem Amendement Marquardsen die Sache abgeschlossen sei; wir waren also überrascht, daß dies nicht der Fall war; ich glaube also behaupten zu dürfen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn eine Einigung nicht erzielt worden ist.

Abg. Schwarze nimmt die von Dr. Leonhardt vorgeschlagene Fassung als seinen eigenen Antrag auf.

Abg. Bessler: Die Absicht aller vorgeschlagenen Amendements ging dahin, eine Bestrafung nicht eintreten zu lassen, wenn ein Grund der Entschuldigung vorliegt; man war nur zweifelhaft über die Formulierung, um falsche Interpretationen auszuschließen. Den Refus auf § 59 des Strafgesetzbuches in dem Amendement Schwarze halte ich für unrichtig, denn dieser § 59 bezieht sich wesentlich auf Unkenntniß, und das umfaßt nicht alles, was wir hier als Entschuldigung auffassen wollen. Ich würde mich schwer entschließen können, dieses Amendement anzunehmen, weil es einen Mangel in das Gesetz bringt, was bei dem Amendement des Abg. v. Fordenbeck nicht der Fall ist. Wenn ich aber, obgleich ungern, für das ganze Gesetz mit dem Antrag Schwarze stimmen würde, so geschieht es nur mit Rücksicht darauf, daß die Richter trotz der Undeutlichkeit die richtige Interpretation finden und daß die Strafe immerhin nur eine geringe sein würde.

Sternit schließt die Diskussion. Vor der Abstimmung bittet Lasker den Präsidenten, die Namen der Abgeordneten zu verlesen, welche den Antrag Stauffenberg mit unterschrieben haben. Präsi. v. Fordenbeck: Es sind die Abg. v. Fordenbeck, v. Stauffenberg, Marquardsen, und Schwarze. (Große Heiterkeit.) Abg. Schwarze erklärt, daß er seinen Namen nicht unterschrieben habe und daß die Unterschrift von einer andern Hand herrühren müsse. Abg. Marquardsen erwidert, daß er allerdings die Namen sämtlicher Unterzeichner mit seiner Hand unter den Antrag gesetzt habe, auch den des Herrn Schwarze, daß er sich aber nach dem seit gestern geführten Verhandlungen, an denen Herr Schwarze theilgenommen, dazu vollkommen berechtigt geglaubt habe. (Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung wird das Amendement des Abgeord. Marquardsen und das heute gestellte des Abg. v. Fordenbeck angenommen, so daß der § 24 folgendermaßen lautet: „Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind der verantwortliche Redakteur, der Verleger, der Drucker, derjenige, welcher die Druckschrift gewerbmäßig vertrieben oder sonst öffentlich verbreitet hat (Verbreiter), soweit sie nicht nach § 22 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, wegen Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängnis bis zu einem Jahre zu belegen, wenn sie nicht die Anwendung der pflichtmäßigen Sorgfalt oder Umstände nachweisen, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.“ — Die Konservativen stimmen zunächst gegen den Schlusssatz, schließlich aber für den § 24 im Ganzen, der fast vom ganzen Hause genehmigt wird. (Auch der Herr Justizminister Dr. Leonhardt hat, wie im Hause bald bekannt wurde, sich sofort dahin erklärt, daß er den von ihm bekämpften Zusatz ablehne.)

Der vielbesprochene § 26 (der Beschlagnahme-Paragraf) lautet nach dem Beschlusse der zweiten Session:

Eine Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung findet nur statt, 1) wenn eine Druckschrift den Vorschriften des § 6 und 7 nicht entspricht, oder den Vorschriften des 16 zuwider verbreitet wird, 2) wenn durch eine Druckschrift einem auf Grund des § 17 dieses Gesetzes erlassenen Verbot zuwider gehandelt wird, 3) wenn mit der Verbreitung der Druckschrift der Thatbestand des im § 184 des deutschen Strafgesetzbuches aufgeführten Vergehens begründet wird, 4) wenn in den Fällen des § 14 die Druckschrift den Thatbestand des Vergehens oder Vergehens begründet.

Die angegebenen §§ betreffen die Nennung des Druckers und Redakteurs (§§ 6 und 7), die Verbreitung verbotener ausländischer Druckschriften (§ 16), Veröffentlichungen über Truppenbewegungen in Zeiten der Kriegesgefahr oder des Krieges (§ 17) und die Verbreitung von Plakaten und Aufrufen vor erfolgter Ablieferung eines Exemplars an die Ortspolizeibehörde (§ 14). Der § 184 des Strafgesetzbuches lautet: Wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen verkauft, vertheilt oder sonst verbreitet, oder an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder auslegt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Heute liegt zu dieser Fassung, welche dem entschiedenen Widerspruch der verbündeten Regierungen begegnet ist, der Antrag der freien Kommission (Marquardsen u. Gen.) vor, die Ziffern 3 und 4 zu streichen und dafür folgende Ziffer 3 zu setzen:

3) wenn der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer der in den §§ 85, 95, 111, 130 oder 184 des deutschen Strafgesetzbuches mit Strafe bedrohten Handlungen begründet, in den Fällen der §§ 111 und 130 jedoch nur dann, wenn dringende Gefahr besteht, daß bei Verzögerung der Beschlagnahme die Aufforderung oder Anreizung ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben würde.

Die hier angegebenen Paragraphen des Strafgesetzbuches lauten: § 85. Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder vor durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Ausführung einer nach § 82 (der vom Verbrechen des Hochverrathes handelt) strafbaren Handlung auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

§ 95. Wer den Kaiser, seinen Landesherren oder während seines Aufenthaltes in einem Bundesstaate dessen Landesherren beleidigt, wird mit Gefängnis nicht unter 2 Monaten oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft.

§ 111. Wer auf die vorbezeichnete Weise (öffentlich) vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften) zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat. Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu 200 Thlr. oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre ein u. s. w.

§ 130. Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

§ 184 siehe oben.

Die positive Erklärung, die Präsident Delbrück gestern über die Stellung der verbündeten Regierungen zu dieser Amendment abgegeben hat, daß nämlich ohne die von Marquardsen und Genossen vorgeschlagene Erweiterung des Beschlagnahmrechtes das ganze Gesetz für die Regierungen unannehmbar sein würde, kürzt die heutige Diskussion gegen Erwarten auf ein Minimum ab.

Abg. v. Dörmirski: Ich bitte Sie, das Amendement des Herrn Abg. Marquardsen abzulehnen. Wir Polen nehmen zu dem ganzen Gesetze ja nur eine defensive Stellung ein, weil es doch nur für deutsche Verhältnisse gemacht ist. Bei uns sind die Zustände bezüglich der Presse viel schlimmere, als in den deutschen Ländern. Es ist vorgekommen, daß unsere Zeitungen, die bloß Auszüge aus Berliner Zeitungen enthielten, mit Beschlag belegt und ihre Redakteure verurtheilt worden sind.



Abg. Dr. Marquardsen: Mein Amendement enthält ein Zugeständnis an die verbandenen Regierungen, zu dem ich mich nur schwer entschließen konnte, weil es das in der zweiten Lesung angenommene Prinzip in seiner Reinheit getrübt hat. Ich bitte Sie aber, dasselbe im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes anzunehmen. Hierauf wird § 26 mit dem Amendement Marquardsen angenommen, desgl. §§ 27 bis 32 ohne Debatte.

Statt des zweiten Absatzes des § 33 (die Vorschriften der Landesgesetze über Abgabe von Freieremplaren an Bibliotheken und öffentliche Sammlungen werden durch dieses Gesetz nicht berührt) beantragt Abg. Marquardsen folgende Einfügung in § 33, durch welche zugleich die gestrichenen §§ 14 und 15 ersetzt werden sollen:

„Das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das öffentliche Aufschlagen, Anheften, Ausstellen, sowie die öffentliche, unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen zu erlassen, wird durch dieses Gesetz nicht berührt. — Dasselbe gilt von den Vorschriften der Landesgesetze über Abgabe von Freieremplaren an Bibliotheken und öffentliche Sammlungen.“

Abg. Reichensperger (Krefeld) beantragt den Zusatz: „Von Werken, deren Ladenpreis den Betrag von 15 Mark übersteigt, sowie von Werken, welche in neuer unüberänderter Auflage erscheinen, können jedoch Freieremplare nicht verlangt werden.“ und Abg. Dr. Wehrenpennig in dem letzteren Amendement statt „15 Mark“ setzen: „5 Mark“.

Abg. Reichensperger (Krefeld): Die Abgabe von Freieremplaren, wenn ein Werk in einer neuen, unveränderten Auflage erscheint, würde eine zwecklose Verschwendung sein. Die Forderung aber, daß von Werken, die über 15 Mark kosten, Freieremplare nicht abgegeben zu werden brauchen, entspricht nur der Billigkeit. Der Abg. v. Schulte hat bei der zweiten Lesung gesagt, die Verleger verschänken ja ohnedies viele Exemplare und es komme auf zwei oder drei mehr nicht an. Da hat er aber die Farben doch zu stark aufgetragen, denn die Verleger verschänken nur Exemplare von ganz billigen Werken. Und wollten sie wirklich auch theure Werke verschänken, so kann man sie doch wenigstens nicht dazu zwingen. In Frankreich und England sind die Verhältnisse ganz anders, als bei uns. Ich will nur erwähnen, daß sich jene Pflicht in Frankreich als ein Schutz gegen den Nachdruck, bei uns aber als eine Besteuerung darstellt. Auch besteht zwischen den einzelnen Landesgesetzen in Deutschland eine große Ungleichheit. In Sachsen und Braunschweig brauchen gar keine, in Mecklenburg und Preußen müssen zwei Freieremplare gegeben werden. Schon diese Ungleichheit zeigt, daß man in dieser Materie auf keinem sicheren Boden steht. Eine noch größere Ungleichheit besteht in Bezug auf die einzelnen Verleger, denn diejenigen, welche sich hauptsächlich mit dem Verlage sehr kostspieliger, z. B. geographischer und astronomischer Werke befassen, werden durch die Abgabepflicht von Freieremplaren schwer geschädigt.

Abg. Gullmann erklärt sich gegen den Antrag; die Frage der Abgabepflicht von Freieremplaren müsse durch die Landesgesetzgebungen geregelt werden.

Abg. Dr. Wehrenpennig: Meines Erachtens ist die Regelung der Gewerbe- und Preßverhältnisse in der That eine Aufgabe der Reichsgesetzgebung und ich bedaure, daß man diesen Standpunkt bei der zweiten Lesung verlassen hat. Die Verlagsbandlungen, die sich mit dem Verlage von gelehrten Werken befassen, welche von den Bibliotheken und den Fachgelehrten gekauft werden müssen, werden durch die Abgabepflicht mit einer ganz enormen Steuer belastet. Es ist dies ein Grund mit, warum für gelehrte Werke so schwer ein Verleger zu finden ist. Ich bitte Sie daher nicht bloß im Interesse der Verleger, sondern auch im Interesse der Wissenschaft, mein Amendement oder wenigstens das des Abg. Reichensperger anzunehmen.

Hierauf wird die von dem Abg. Marquardsen vorgeschlagene Einfügung in § 33 genehmigt und dieser Paragraph nach Ablehnung der Amendements Wehrenpennig und Reichensperger, des letzteren mit 153 gegen 146 Stimmen, mit großer Majorität angenommen.

§ 30 lautet: Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1874 in Kraft. Seine Einführung in Elsaß-Lothringen bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Abg. Reichensperger (Krefeld): Wir Alle wünschen den Reichs-Ländern recht große Sympathie für unser Vaterland einzufloßen, nur über die Wege und Mittel dazu gehen unsere Ansichten auseinander. Dieser Paragraph aber ist nur ein Glied in dem Verwaltungssystem, mit dem die Sympathien der Elsäßer niemals gewinnen werden, wie ihre Wahlen zum Reichstage beweisen. Dieses System ist nun das Gegenteil von dem, was der Reichskanzler 1871 unter dem Beifall des ganzen Hauses versprochen hat. (Redner verliest mehrere Stellen aus den damaligen Reden des Fürsten Bismarck.) Wohl hat er damals vorausgesehen, daß Elsaß von französischer Agitation nicht frei bleiben würde, was ja heute immer als Motiv für die Diktatur angeführt wird; allein damals hegte er dieselbe Ansicht, welche wir haben, daß das gewaltige deutsche Reich stark genug sein werde, diese Agitationen wirkungslos zu machen. Darum bitte ich, den zweiten Satz des § 30 abzulehnen.

Präsident Delbrück: Ich will dem Redner auf das von ihm betretene Gebiet nicht folgen, weil bei Nr. 4 der Tagesordnung (Verwaltungsbericht von Elsaß-Lothringen) ein besserer Platz für derartige Ausführungen sein wird. Ich sage also nur: Der Herr Reichskanzler, der allein die Verantwortlichkeit für die Verwaltung der Reichslande trägt, würde seinerseits nicht ein Preßgesetz wie das gegenwärtige, vorgelegt haben und dem Gesetz, wie es sich jetzt gestaltet hat, zustimmen können, wenn Sie es schon jetzt auch auf Elsaß ausdehnen wollen; er hält dies mit seiner Verantwortlichkeit für vollkommen unvereinbar. Die verbandenen Regierungen theilen diese Ansicht; auch sie können die Streichung, welche der Vorredner beantragt, bestimmt nicht annehmen.

§ 30 wird darauf unverändert gegen die Stimmen des Centrums und der Elsäßer angenommen.

Die Schlussabstimmung über das ganze Gesetz wird am Schluß der Sitzung stattfinden, bis wohin eine Zusammenstellung der Beschlüsse der dritten Lesung erfolgt sein wird. Schließlich kommt folgende von der Kommission beantragte Resolution zur Verathung: „Es sei der Bundesrath aufzufordern, in den Entwurf des Gesetzes, das Verfahren in Strafsachen betreffend, eine dahingehende Bestimmung aufzunehmen, daß über die durch die Presse begangenen Verbrechen und von Amtswegen zu verfolgenden Vergehen die Schwurgerichte aburtheilen.“

Die Abg. Gullmann und Bessler beantragen, „in Erwägung, daß über die Beibehaltung der Institution der Geschworenen grundsätzlich in der deutschen Strafprozeßordnung entschieden werden wird, im Uebriken aber es weder geboten noch rathsam erscheint, über die Kompetenz der Geschworenen in Betreff einzelner strafbarer Handlungen vorweg eine Entscheidung zu treffen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Dr. Eberth: Ich bitte Sie, der von der Kommission beantragten Resolution zuzustimmen, weil die Mängel des vorliegenden Gesetzes am besten dadurch beseitigt werden, daß die Geschworenen über die Preßvergehen aburtheilen. Dieses hat schon die Verfassung von 1849 erstrebt, sowie in der preussischen Verfassung vom 31. Januar 1850. Leider wurde aus dieser der freiheitliche Grundsatz durch die reaktionäre Partei des Herrenhauses entfernt und gelang es auch später dem preussischen Abgeordnetenhaus nicht, den Widerstand des Herrenhauses zu brechen. Daß eine Resolution wie die vorgeschlagene auch in das Gebiet der Pressefreiheit gehört, und nicht nur in das des Strafprozesses, beweisen die Vorgänge in Oesterreich, Baden, Baiern u. s. w., wo dieser Grundsatz vor Feststellung einer Gerichtsverfassung angenommen wurde. Wir wollen nicht, daß unsere deutschen Brüder den Eintritt in das Reich durch Einbuße an Freiheit erkaufen, und darum bitte ich Sie der Resolution zuzustimmen, welche die Pressefreiheit und die Geschworenengerichte, diese beiden Bollwerke der Volksfreiheit, schützen soll.

Nachdem Abg. Bessler ausgeführt hat, daß man den in die Strafprozeßordnung aufzunehmenden Grundsätzen nicht bei so unpassender Gelegenheit, wie bei Verathung des Preßgesetzes, präjudizieren solle, wird die motivirte Tagesordnung mit 145 gegen 135 Stimmen

abgelehnt und die Resolution mit 184 gegen 119 Stimmen angenommen.

Damit schließt die dritte Verathung des Reichs-Preß-Gesetzes, dessen Zustandekommen außer jedem Zweifel und als vollständig gesichert zu betrachten ist.

Ohne Debatte wird darauf der Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung eines Gebäudes für das Reichseisenbahnamt in dritter Verathung genehmigt und in die dritte Verathung des Gesetzes betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern eingetreten.

In der Generaldiskussion ergreift der Abg. Ewald das Wort: Es sind viele treffende und viele untreffende Äußerungen über dieses Gesetz gefallen, letztere zu meinem Bedauern besonders vom Tische des Bundesraths. Das Gesetz trifft nicht bloß die römisch-katholischen, sondern die Priester aller Konfessionen, nur die der Altkatholiken nicht. Der Altkatholizismus ist ja auch keine christliche Religion mehr, sondern ist von der Welt gemacht. (Beifall im Centrum.) Aber was auch fürst Bismarck gegen die Geistlichen unternehmen mag, ein Gesetz auf Abschaffung des Chelienthums wird er nicht durchführen können. Diese abertheilten Sätze bringen in etwas unsicherer Form zur Tribüne herauf. Der größte Theil der Rede geht unter in der hochgeheiligten Unruhe des Hauses und den Rufes Schluß! Zur Sache! Ein Theil der Stenographen muß ausnahmsweise in der Nähe des Redners Platz suchen, um ihn zu verstehen. Schließlich erklärt er dem Präsidenten, der mit großer Anstrengung die Ordnung aufrecht erhält, nach 1 stündigem Vortrage, daß er zwar vorläufig schließen, aber bei § 1 wieder sprechen werde. (Heiterkeit.)

Abg. Böhl: Der Unterschied zwischen ultramontan und katholisch ist noch nicht genug hervorgehoben worden (Widerspruch im Centrum.) Viele nennen sich mit Stolz ultramontan, also darf ich Sie auch so nennen. Es hat aber Niemand das Recht Leuten, die echt katholisch sind, den Namen der Katholiken zu verweigern. Das thut aber in ihrer Ueberhebung die Hierarchie, welche jetzt nicht zu ihrem Vortheil von den Jesuiten absolutistisch beherrscht wird. Den Absolutismus kann aber ein deutsches Gemüth nicht im Staate, noch weniger in dem geheiligten Gebiet der Religion ertragen. Werden solche Gegensätze ausgekämpft, so kommt es wenig darauf an, wer den Kampf angefangen hat. Die Kirche ist nicht bloß in Deutschland, sondern auch jenseits des Ozeans, in Brasilien auf Widerstand gestoßen, auch dort sind Bischöfe ins Gefängnis gesetzt. Die Schweiz und Oesterreich müssen ebenfalls durch Gesetze das Ansehen des Staates gegen die absolutistischen Bestrebungen der Hierarchie aufrecht erhalten. Wenn Jemand nicht bloß mit Einem, sondern mit Mehreren zu gleicher Zeit den Streit beginnt, so nennt man ihn einen Störenfried. Dieser Störenfried ist aber nicht die katholische Kirche, sondern die kirchlich-jesuitische Abtheilung der Kirche, welche sich ihren Namen anmaßt. Diese führt den Kampf mit Behauptungen, die nicht der Wirklichkeit entsprechen; so wird der Kampf draußen und hier im Hause geführt. (Rufe im Centrum: Beleidigungen! Beweise!) Es wurde hier im Hause geleugnet, daß das Bild von dem Steinchen, welches den Koloß zertrümmert, auf das deutsche Reich geht, nach dem Grundsatze: si fecisti, noga. Hier sagt man, daß man die Gesetze achtet, von Rom aus nennt man die österreichische Verfassung eine „abscheuliche“; das nennen Sie (im Centrum) freilich nur Kirchenthum. — Äußerungen des Abg. Kaiser wurden hier durchaus falsch ausgelegt; wenn das hier in Gegenwart dessen, der die Worte gesprochen, möglich ist, wie wird erst draußen verfahren? Der Abg. v. Mallinckrodt behauptete, man bereite Frankreich Demuthigungen; als nun vom Tische des Bundesraths das förmlichste Dementi gegen diese Aufreizung gegeben wurde, da sagte er, die Aufreizung liege in der That, nicht in der Behauptung der Thatsache. Ich sage nicht, daß das Hezen heißt, aber es hat diese Wirkung. Dem Grafen Molke ist vorgeworfen, daß er die Frage, ob man mit einem Stücke Oesterreich nicht etwas anfangen könne, offen gelassen hätte; ich sage nicht, daß das Hezen heißt, aber es hat diese Wirkung. (Beifall.) Abg. Windthorst behauptet mit Vorliebe, daß man die Souveränität der Einzelstaaten preisgebe, immer eine Perle nach der andern aus den Kronen breche. Ich sage nicht, daß das die Fürsten gegen ihre Vertreter im Bundesrathe heizt; aber es konnte diese Wirkung haben, wenn es sie auch glücklicherweise nicht gehabt hat. (Beifall.) Sie sprechen immer davon, daß Herr von Schulte, der früher zu Ihren Besten gehörte, jetzt anders denkt und schreibt als früher; sollten Sie sich nicht vielmehr bedenken, was ihn veranlassen konnte, Ihre Reihen zu verlassen? Sie behaupten immer, die Rechte, welche in Preußen dem Staate verweigert werden, anderen Staaten aber zuzubereiten, beruhen in letzteren auf Konventionen; nun kann ich Ihnen sagen, daß in Baiern in diesem Jahrtausend auch vor dem Konfordat keine Stelle vergeben wurde ohne Genehmigung des Königs. Alles Elend, was jetzt über die Geistlichen hereinbrechen wird, würde nicht hereinbrechen, wenn die katholische Kirche das Vorbild des guten Hirten befolgte und nicht auf dem besten Wege wäre, die Gemeinden ohne Seelsorger und die Sterbenden in der herbsten Stunde ohne den Trost des Sakraments zu lassen. Ich habe den Speerhilt im Herzen des Herrn Westermeyer verloren, den ich beiläufig gesagt, zu besitzen nie gesucht habe; aber ich besitze ihn noch in vielen gläubigen katholischen Herzen und kenne so manchen Geistlichen, der so denkt wie ich, aber sich nicht zu äußern wagt wie ich, weil er unter dem Druck seiner Vorgesetzten steht. Möchte doch unser Priesterstand von der Hauberformel erlöst werden, die ihn in Banden schlägt, und sich dem thätigsten Apostolat der Liebe widmen — das war der heilige Wunsch eines Mannes, der nicht außerhalb der katholischen Kirche stand, sondern in Unterwerfung unter das neue Dogma in ihrem Schooße gestorben ist und ihn noch im August 1873 ausgesprochen hat, des Professors Reuschel. Und soll der Frieden, den wir Alle suchen, zu Stande kommen, so muß es vor Allem ein Ende haben mit der Religion auf Kommando und die Religion des Herzens muß wieder zur Herrschaft gelangen. Helfen Sie, meine Herren, zu dieser Erneuerung der katholischen Kirche! Es wird nicht Ihr Schaden sein. (Lebhafter Beifall. Zwischen im Centrum.)

Abg. v. Mallinckrodt: Die Rede des Vorredners war ein Erguß von lange verhaltener Galle gegen das isolirte Centrum, gegen das sich so verschiedene Fraktionen verbunden haben, daß eine mehr als eine dreijährige Dienstzeit dazu gehören wird, diese Koalition zu beseitigen. Herr v. Mallinckrodt polemisiert mit allen Gegnern aus der zweiten Verathung. Dem Abgeordneten v. Minnigerode hält er die Konfervativen des Centrums als Muster vor, den wahren Adel von echtem Schrot und Korn im Gegensatz zu dem schwächlichen Adel, der nur in der Hofluft gedeiht und sich blind den Regierungen unterwirft. Graf Franckenberg hat ein reichliches historisches Material vorgebracht, aber ein Anderes ist es, Geschichte wissen, ein Anderes, sie kennen und das Gemüthe verdauen; sonst wird die Wissenschaft eine brotlose Kunst. Unverständlich ist seine wühlende Bräse von der Verführung des modernen Staates mit der modernen katholischen Kirche. Herr v. Schulte laborirt an dem Fehler allzu großer Geschrämtheit, die ihm von jeder den Fuß einbrachte, daß er mit ihrer Hilfe Alles beweisen wolle, er sieht eben den Wald vor Bäumen nicht. Seine Drohung, indiskreter Weise die Briefe von Bischöfen an ihre Oberen mittheilen, welche auf eine angeklagte Disziplinirung mit Niederlegung ihres Amtes antworten zu wollen erklären, will nicht viel besagen, denn die Erklärung der Bischöfe steht in einer Linie mit den häufigen Ankündigungen des Reichskanzlers seine Entlassung zu nehmen, wenn ihn die Majorität im Stiche lassen will. Die Rede des Herrn Hirschius war mehr bellend als beißend. Sehr beachtenswerth erscheint dem Redner aber der Vortrag des Hrn. Miquel, der ein für einen Liberalen merkwürdiges Verständnis der Entstehung und Bedeutung des Unsehlbarkeitsdogmas entwickelte. Zur Bewand mag anerkannt werden, daß allerdings ein gewisser Unterschied zwischen den älteren und jüngeren Geistlichen stattfindet und daß wirklich jeder ein Vorgefühl des entzündenden Kampfes gehabt hat, aber nicht des Kampfes mit dem Staat, sondern mit dem Liberalismus. Herr Miquel sagte nun, man könne doch nicht verlangen, daß der Staat sich selbst aufbehalte. Sehr wohl, aber was dem einen Recht ist, ist dem andern billig. Auch die Kirche würde sich aufgeben, wenn sie zugäbe, daß sie dem Staatsgesetz unterworfen sei, wie dies offen von dem preussischen Kultusminister in seinem Briefe an den Bischof von Ermland verlangt wurde. Damals gab der Bischof Erklärungen

voll der größten Loyalität ab, aber ohne konkrete Veranlassung berief man sich hartnäckig auf das Prinzip, und das grade war das Verhängnisvolle. Ferner sagte Herr Miquel: Die Maigesetze müßten aufgehoben werden, weil sie befehlen: Darauf ist zu antworten: Die Maigesetze müßten aufgehoben werden, weil sie nichts taugen. (Heiterkeit.) So steht Argument gegen Argument. Sie können nun wohl Jemanden zwingen, diesen Gesetzen zu gehorchen, nicht aber, bei ihrer Ausführung thätig zu sein. Dem Aussprüche Hütten: Freie Religion für jeden und politische Befreiung von Rom kann man zustimmen. Niemand wünscht lebhafter Freiheit der Religion als der Redner und von einer politischen Herrschaft Roms über die Staaten soll nicht die Rede sein. Noch sympathischer ist dem Redner das Freiheitsprogramm des Herrn v. Sauten, der freilich nur das Individuum von der Priesterschaft befreien will und in diesen Kampf zieht, nachdem er der positiven Religion in jeder Gestalt den Rücken gekehrt hat, was seine konservativen Bundesgenossen doch nicht übersehen sollten. Gegen fahren die Herren vom Tische des Bundesraths bei der Rede des Redners schlecht; der hankatische Bevollmächtigte Dr. Krüger bringt sogar nur einen kleinen Zeitungsartikel vor. Zur Sache selbst bringt der Redner das Programm des Centrums in seiner ganzen Schärfe zur Anwendung und der Schluß ist, daß nach dem vorliegenden Gesetz schließlich alle guten Katholiken expatriirt werden müssen. Auf die sogenannte Veröhnung mit den Bischöfen und die Erneuerung der Kirche möge man nicht rechnen. Denn die Bischöfe, die Herr Böhl ermahnt hat als gute Hirten ihre Heerden nicht zu verlassen und sich dem Apostolat der Liebe zu widmen, sie sind keine Nichtlinge, sondern gute Hirten, die ihr Leben lassen für ihre Heerde. Mögen die Konservativen nicht vergessen, daß Fürst Bismarck nur eine Strömung vertritt, die nicht von ewiger Dauer sein kann, daß er bei aller seiner Größe nur ein schwaches Rohr ist in der großen Bewegung, welche die Philosophie gegen die Kirche eingeleitet hat, und nach Ablauf jener Strömung wird man erst gewahr werden, wie sehr sie inzwischen den Boden für alle konservative Politik zersetzt hat. Das katholische Volk steht bei seinem Klerus: das beweisen die Tausende, die dem in das Gefängnis wandernden Bischof ihr Lebenswohl zurnen. Indem man Leiden über ihn verhängt, steigert man die Kraft Leiden zu ertragen und Niemand wird jeßern das Schicksal des Verurtheilten zu theilen. Was bedeutet da ein armeneliges Verharmungsgeß? Solche Waffen sind nicht scharf genug, Sie werden schärfere suchen müssen und zwischen werden wir sagen: Per crucem ad lucem! (Zustimmung im Centrum.)

Landesbevollmächtigter badischer Minister v. Frehdorf: Ich bin eigentlich zur Vertheidigung dieses Gesetzes nicht berufen, aber durch die Kampfesweise bin ich zum dritten Male zum Worte promovirt worden. Es giebt Behauptungen, welche, wenn sie in einer öffentlichen Versammlung ausgesprochen sind, in der Presse weiter veröffentlicht werden, unmöglich von einem Vertreter der Regierung ohne Widerspruch entgegengenommen werden können. Der Vorredner hat einigen Bundesräthen vorgeworfen, sie hätten mit schlechtem Material gefochten. Ich habe mich hinsichtlich des Bischofs von Freiburg auf eine öffentliche Urkunde berufen, welche sich im badischen Archive befindet und in öffentlichen Blättern abgedruckt ist. Ich habe sie natürlich nicht bei mir, kann sie aber jeden Tag zum Abdruck bringen. Ich habe auch gar kein so großes Gewicht darauf gelegt, daß der Bischof seinen Eid gebrochen hat, ich habe diese Worte gar nicht gebraucht, sondern das Hauptgewicht legte ich darauf, daß der Bischof freiwillig seinem Eide hinzugehört hat, er könne den Eid auf die badische Verfassung um so eher leisten, als sie nicht im Widerspruch mit der kanonischen Recht. Dann sagte der Vorredner, es sei das Konfordat gebrochen. Ja, meine Herren, es ist ein Konfordat abgeschlossen worden, aber vorbehaltlich der ständigen Genehmigung, diese wurde nicht erteilt, und damit fiel das ganze Konfordat, ein Wortbruch, zu dem eine konstitutionelle Regierung genöthigt wird. Wenn der Vorredner gesagt hat es sei ein Versprechen der badischen Regierung nicht gehalten worden, so sage ich, wenn die badische Regierung versprochen hätte, eine Gesetzgebung im Sinne des Abg. v. Mallinckrodt zu lassen, so würde sie allerdings ihr Versprechen nicht gehalten haben. Sie versprach aber nur, Gesetze zu geben, die den Ansprüchen des Staates, der Kirche und aller Konfessionen gerecht würden, und das Wort, m. G., ist im vollen Maße gehalten worden. (Beifall.)

Der Paragraph wird mit großer Majorität angenommen.

Bei den folgenden Paragraphen ergreift gegen 5 Uhr noch die Abg. Regel, Westermeyer, Dr. Zinn und Reichensperger (Krefeld) das Wort. Die Versammlung drängt entschieden zum Schluß. Bevor die namentliche Abstimmung über das Gesetz im Ganzen stattfindet, wird das Reichs-Preßgesetz im Ganzen abgestimmt und „passelt mit einer außerordentlich starken Majorität, wie der Präsident ausdrücklich konstatiert, angenommen. Gegen dasselbe stimmen die Polen, die Sozialdemokraten, v. Noelschen, Ewald, Sonnemann und ein elsässisches Mitglied.

Darauf wird das Gesetz, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 108 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmen das Centrum, die Polen, Ewald, Sonnemann und die Sozialdemokraten. Ein Mitglied hat sich der Abstimmung enthalten.

Um 5½ Uhr verläßt sich das Haus bis Abends 8 Uhr. (Wahl der drei Mitglieder der Reichsschulden-Kommission, Rest der heutigen Tagesordnung.)

#### 42. Sitzung vom 25. April.

##### Abend-sitzung.

8 Uhr Abends. Am Tische des Bundesraths Delbrück, Geheim Rath Herzog u. A.

Auf den Antrag des Abg. Windthorst werden die drei bisherigen Mitglieder der Reichsschulden-Kommission Friedenthal, v. Benda und Hagen durch Altklamation wiedergewählt.

Auf der Tages-Ordnung steht die dritte Uebersicht über die Gesetzgebung, sowie die Einrichtung und den Gang der Verwaltung in Elsaß-Lothringen.

Abg. Simonis (Kappolsweiler, Mitglied des Centrums.) Viele Uebersichten sind Monologe der obersten Reichsverwaltung, über welche das Haus schließlich immer nur zur Tagesordnung übergeben kann und zwar nicht einmal mit Angabe von Motiven. Und welchen Werth hat dieser Bericht? Kaum hat der Reichskanzler erklärt, daß Elsaß-Lothringen ohne Ausnahme-Gesetze nicht zu regieren sei, erscheint ein Verwaltungsbericht, den Aurora mit ihren Rosenkranzen geschmückt zu haben scheint, und kaum ist der Bericht da, so erklärt Herr Armin, die französischen Zeitungen seien an Allen Schuld. Ueber alle diese Dinge soll eine Versammlung richten, welche Land und Leute unmöglich kennen kann und mit ihnen nicht verwaschen ist. Der Redner schildert nun die Jupiter-Stellung des Oberpräsidenten, aus dessen Haupt alle Maßregeln gewaffnet hervorgehen, die Vorgänge bei der Wahl der Bezirksräthe, die Forderung der Eidesleistung (wie dem Vernehmen nach vielleicht auch an die Gemeinderäthe gestellt werden soll, wovon dringend gewarnt wird), die Vermischung deutscher und französischer Gesetzgebung, mit welcher die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen wie ein Krantler mit zwei verschiedenen Medikamenten behandelt wird, so daß sie gar nicht mehr weiß, unter welchen Gesetzen sie lebt; die Beschränkung der Presse, die belächelt durch irgend eines der 150 Geseße, Defrete und Ordonnanz gerechtfertigt wird, die seit der großen Revolution in Frankreich erlassen sind und die sich untereinander aufheben und abzuschaffen bestimmt waren; das Verbot, franz. Zeitungen auf Grund eines solchen französischen Defrets; die Lage der Opianten, die für Frankreich optirt haben und auf Grund des Friedensvertrages in Elsaß-Lothringen bleiben zu können glauben; statt dessen wurden sie gegen ihr Erwarten Landes verwiesen (Gelächter). Sie lachen m. G., aber die Opianten weinen. Und die nach 6 monatlichem Aufenthalt in Frankreich in ihre Heimath wieder zurückkehren zu können glauben müssen wieder verlassen. Es gewinnt fast den Anschein, als hätte man den Leuten eine Falle legen wollen. Durch diese irrige Auffassung der Wirkung der Option hat Elsaß-Lothringen sehr bedeutende Arbeitskräfte verloren, an denen es ohnehin keinen Ueberfluß hat. Der Redner erörtert alsdann die Erhöhung der direkten Steuern für den Einzelnen bei der Abnahme der Bevölkerung trotz der Ermäßigung



Dies zeigen um Theilnahme bittend an  
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.  
Sytkowo bei Posen, den 24. April 1874.



